

Verordnung über die Tätigkeit als Rettungssanitäter (RsanV)

Vom 26. Oktober 1978 (GVBI 8.780, BayRS 215-5-1-3-1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1990 (GVBI 8.532)

(Rechtsgrundlage: siehe Art. 27 Abs. 1 und 4 BayRDG 1990)

§ 1 Eignungsvoraussetzungen

- (1) Als Rettungssanitäter im Sinne von Art. 11 Abs. 2 Satz 2 BayRDG kann nur tätig sein, wer
 1. das 18. Lebensjahr vollendet hat,
 2. an einer Ausbildung teilgenommen und eine Prüfung bestanden hat, die den in dieser Verordnung festgelegten Mindestvoraussetzungen genügen,
 3. längstens ein Jahr vor Beginn der Ausbildung einen Erste-Hilfe-Kurs mit Erfolg abgelegt hat,
 4. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung dieser Tätigkeit ergibt, und
 5. nicht wegen eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche der geistigen oder körperlichen Kräfte oder wegen einer Sucht zur Ausübung dieser Tätigkeit unfähig oder ungeeignet ist.
- (2) Unabhängig von Absatz 1 kann als Rettungssanitäter tätig werden, wer eine Erlaubnis nach § 1 Abs. 1 des Krankenpflegegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1965 (BGBl I S. 1443), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Mai 1972 (BGB 1 S. 753), besitzt und sich einer praktischen Anleitung auf einer Rettungswache unterzogen hat.
- (3) Abweichend von Absatz 1 Nrn. 2 und 3 kann als Rettungssanitäter tätig werden, wer außerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung bei einer staatlichen oder kommunalen Einrichtung oder einer Hilfsorganisation eine Ausbildung durchlaufen und eine Prüfung bestanden hat, die mit den Mindestanforderungen dieser Verordnung vergleichbar sind. Liegen diese Voraussetzungen vor, stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses (§3 Abs. 1) auf Antrag ein entsprechendes Zeugnis aus.

§ 2 Ausbildung

- (1) Die Ausbildung zum Rettungssanitäter wird von den Hilfsorganisationen in eigener Verantwortung durchgeführt.
- (2) Sie hat den Bewerbern die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Versorgung und Betreuung von Notfallpatienten zu vermitteln.
- (3) Die Ausbildung umfasst eine Mindestdauer von 520 Stunden. Sie besteht aus
 1. einer theoretischen Ausbildung von 200 Stunden, wovon 40 Stunden auf einen Abschlusslehrgang entfallen, der in der Form eines zusammenhängenden Blockunterrichts durchgeführt wird;
 2. einem klinischen Praktikum von 160 Stunden, das auf zwei Abschnitte von je 80 Stunden aufgeteilt werden kann, und
 3. einer praktischen Anleitung auf einer Rettungswache von 160 Stunden.
- (4) Die Ausbildung ist nach der in der Anlage enthaltenen Stoffgliederung durchzuführen.
- (5) Der Zeitraum, in dem die Ausbildung einschließlich der Prüfung abzuleisten ist, darf drei Jahre nicht überschreiten. In besonderen Fällen kann dieser Zeitraum um ein halbes Jahr verlängert werden.

§ 3 Prüfung

(1) Die Prüfung ist vor einem Prüfungsausschuss abzulegen, der bei der jeweiligen Hilfs-Organisation gebildet wird. Er besteht aus drei Mitgliedern. Den Vorsitz führt ein im Rettungswesen erfahrener Arzt.

(2) Zur Prüfung kann nur zugelassen werden, wer die in § 2 dieser Verordnung genannte Ausbildung abgeleistet hat und die in § 1 Abs. 1 Nrn. 3, 4 und 5 dieser Verordnung genannten Voraussetzungen erfüllt.

(3) Die Prüfung schließt sich an den Abschlusslehrgang (§ 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1) an. Sie besteht aus einem schriftlichen, einem mündlichen und einem praktischen Teil.

(4) Der Bewerber hat in allen Prüfungsteilen nachzuweisen, dass er die fachliche Eignung für die Tätigkeit als Rettungssanitäter besitzt.

(5) Über die bestandene Prüfung ist ein Zeugnis auszustellen, das eine Beurteilung der einzelnen Prüfungsteile und eine Gesamtbeurteilung enthält. Das Zeugnis ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 4 Kosten

Der Staat gewährt den Hilfsorganisationen zur Finanzierung der Ausbildung nach dieser Verordnung Zuschüsse im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

§ 5 Übergangsvorschrift

Soweit und solange es beim Krankentransport nicht möglich ist, den Krankenkraftwagen gemäß Art. 11 Abs. 2 Satz 2 BayRDG mit einem Rettungssanitäter zu besetzen, kann bis zum 31. Dezember 1992 auch eine andere geeignete Person den Patienten betreuen, sofern sie über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten zur Durchführung des Krankentransports verfügt und die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 1, 3 bis 5 dieser Verordnung erfüllt.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1979 in Kraft.

Stoffgliederung

1. Grundkenntnisse in der Anatomie und Physiologie
2. Kenntnis der Vitalfunktionen und ihrer Störungen
 - Schockzustände
 - Reanimation
3. Chirurgie
 - Traumatologie
 - Blutungen
 - Gefäßverschlüsse
 - Verbrennungen
4. Innere Medizin und Pädiatrie
 - Lebensbedrohliche Zustände einschließlich Vergiftungen
 - Infektionskrankheiten
5. Psychiatrie
 - Nerven- und Gemütskrankheiten
 - Rauschzustände
 - Krampfanfälle
6. Hygiene und Desinfektionslehre
7. Allgemeine Erste Hilfe
 - Verbandslehre
 - Betreuung
 - Lagerung
 - Transport von Notfallpatienten, sonstigen Kranken, Verletzten und Hilfebedürftigen
8. Instrumenten- und Apparatekunde unter besonderer Berücksichtigung der
 - Reanimation
 - Injektions- und Infusionstechnik
 - Messung von Puls, Körpertemperatur, Atmung und Blutdruck
9. Besondere Erste Hilfe
 - in Fällen der inneren Medizin
 - in chirurgischen, psychiatrischen und pädiatrischen Fällen
 - geburtshilfliche Notfälle
 - Versorgung von Frühgeburten und Säuglingen
 - Versorgung bei Unterkühlung, Strom- und Hitzschlag
10. Lehre über die bei Notfalleinsatz in Betracht kommenden Arzneimittel, deren Indikation, Wirkung und Nebenwirkungen
11. Organisation des Rettungsdienstes
 - Fernmeldewesen
 - Fahrzeug- und Gerätekunde
 - Einsatzregeln
12. Rechtsgrundlagen